

## Erklärung des Deutschen Katholischen Missionsrates zur Situation in Zentralafrika

Die Region der Großen Seen war Schwerpunktthema der Jahrestagung des Deutschen Katholischen Missionsrates vom 11. bis 13. Juni 1997 in Würzburg. Die dort versammelten Missionarinnen und Missionare, Höheren Oberinnen und Oberen der missionierenden Orden, die Missionsreferentinnen und Missionsreferenten der Diözesen und die Vertreter der weltkirchlichen Werke verfolgen mit großer Sorge und Empörung die Entwicklung der letzten Monate in Zentralafrika.

Mit Entsetzen haben wir erfahren von

- Massakern ungeheuren Ausmaßes an Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung im Osten Kongo-Zaires,
- immer neuen Massakern der Armee und der Guerillas an der Bevölkerung von Burundi,
- willkürlichen Verhaftungen, unfairen Gerichtsverfahren und Todesurteilen in Ruanda und Burundi,
- den grausamen Zuständen in den überfüllten Gefängnissen Ruandas, vor allem auf dem Lande,
- den Internierungslagern in Burundi,
- Folter und politischem Mord in allen drei Ländern.

Das Verhalten der Internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, empfinden wir als Skandal. Sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, Völkermord, Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung zu beenden. Ein Beispiel dafür ist der Bürgerkrieg in Burundi. Die Internationale Gemeinschaft reagiert seit Jahren auf den dortigen „Völkermord auf Raten“, wie ihn der Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission nennt, mit Nichtbeachtung oder „Vermittlungs“-Bemühungen, welche die Demokraten völlig entmachteten.

Als die EU-Kommissarin Emma Bonino über die Massaker in Ostzaire und die Behandlung der Flüchtlinge im Dezember 1996 von einer „Verschwörung des Schweigens“ sprach, hatte dies auf internationaler Ebene keinerlei Konsequenzen. Die militärische Unterstützung der ADFL (Demokratische Allianz der Befreiungskräfte) vor allem durch die Nachbarstaaten Uganda, Ruanda und Burundi sowie der USA ging unverändert weiter bis zur völligen Eroberung Zaires. Die internationale Unterstützung von Regierungen, die als politische Clique alle eine ethnische Minderheit repräsentieren und ihre Macht rücksichtslos ausüben, legt den Samen für neuen Haß und weitere Gewalt. Eine Ursache dafür sind die Waffenlieferungen aus verschiedenen Regionen der Welt. Im Falle Zaires geht es den Schutzmächten Belgien, Frankreich und den USA offensichtlich mehr darum, ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern, besonders bezüglich der Bodenschätze, als die auch vertraglich festgelegte Schutzfunktion für den Prozeß der Demokratisierung auszuüben.

Wir sehen mit großer Sorge, wie die ethnischen Konflikte in Zentralafrika bewußt geschürt werden, um die Herrschaft von Wenigen zu legitimieren. Sie geben vor, die Interessen von Minderheiten zu schützen, in Wahrheit geht es ihnen nur um die Macht ihrer eigenen Clique.

In ihrem Appell gegen Despotismus in Afrika haben die katholischen Bischöfe Afrikas im April 1997 in Nairobi erklärt: „Wir verurteilen jede ethnische Gewalt als eine Ideologie, die unaussprechliches Leid und Elend über die Söhne und Töchter unseres geliebten Kontinentes gebracht hat.“ Sie forderten sodann die politisch Verantwortlichen auf, dauerhafte Lösungen für Kongo-Zaire, Ruanda und Burundi zu finden.

Hoffnung, den Haß zu überwinden und neue Gewalt zu vermeiden, gibt es nur, wenn die Menschen der Region sich in ihren Regierungen repräsentiert sehen, und wenn diese für das Wohl aller und nicht nur einer kleinen ethnischen Interessengruppe handeln. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Internationale Staatengemeinschaft darauf dringen, daß alle Gruppen sich an einer demokratischen Lösung beteiligen können, die eine wirkliche Alternative zur gewaltsamen Machteroberung und -erhaltung darstellt.

Wir sind uns bewußt, daß der katholischen Kirche dabei eine große Verantwortung zukommt. Sie hat dafür schon einen hohen Preis bezahlt. Bischöfe, wie die von Gitega in Burundi und Bukavu in Kongo-Zaire, Priester und Ordensleute, Katechetten und viele andere Christen haben für ihre Bemühungen, Menschen zu schützen und Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, ihr Leben geopfert. Viele von ihnen wurden auch nur deshalb umgebracht, weil sie zu der einen oder anderen Ethnie gehörten. Aber auch Täter und Mörder sind Christen. Die Kirche ist damit ein Teil des Problems. Sie trägt aber auch das Potential der Lösung in sich, wenn sie weiterhin

- Menschenrechtsverletzungen anklagt, Schutz gewährt und regionale Lösungen unterstützt,
- zu Verhandlungen motiviert und diese begleitet,
- im täglichen Zusammenleben Versöhnung und, wo nötig, auch Reue und Verzeihung praktiziert (vgl. Das Bekenntnis von Detmold, „Hoffnungszeichen für Ruanda“, Dez. 1996).
- Demokratie einfordert und den Prozeß der Demokratisierung auf allen Ebenen fördert.

Die im Deutschen Katholischen Missionsrat vereinigten Orden, Diözesen und Werke versichern den leidgeprüften Brüdern und Schwestern in der Region der Großen Seen geschwisterliche Verbundenheit und Solidarität und verpflichten sich, ihren Schrei nach Freiheit und Frieden in unserer Gesellschaft, in Staat und Kirche, hörbar zu machen und an dauerhaften und gerechten Lösungen mitzuwirken.

Würzburg, den 13. Juni 1997

Prälat Dr. Dieter Spelthahn, Präsident des DKMR